

Satzung
über die Erhebung von Gebühren
für die zentrale Abwasserbeseitigung
der Gemeinde Klappholz für die Zeit ab Oktober 2017
(Gebührensatzung ab Oktober 2017)

In der Fassung vom 22.06.2020

(veröffentlicht im Mitteilungsblatt des Amtes Südangeln Nr. 26 vom 26.06.2020, Seite 264 – 275)

Aufgrund des § 4 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) in der Fassung vom 28. Februar 2003, zuletzt geändert durch Gesetz vom 04. Januar 2018 (GVOBl. Schl.-H. 2018, 6), Ressortbezeichnung geändert durch Landesverordnung vom 16. Januar 2019 (GVOBl. Schl.-H. 2019, 30), aufgrund des § 30 Abs. 3 Satz 5 des Wassergesetzes des Landes Schleswig-Holstein (LWG) in der Fassung vom 11. Februar 2008, zuletzt geändert durch Gesetz vom 01. August 2016 (GVOBl. Schl.-H. 2016, 680), aufgrund der § 1 Abs. 1, § 4, § 6 Abs. 1 bis 5, § 18 Absatz 2 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) in der Fassung vom 10. Januar 2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. April 2017 (GVOBl. Schl.-H. 2017, 269), und des § 2 Abs. 1 und 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 2005, zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. November 2019 (GVOBl. Schl.-H. 2019, 425) sowie aufgrund der §§ 1 und 2 des Gesetzes zur Ausführung des Abwasserabgabengesetzes (AG-AbwAG) in der Fassung vom 13. November 1990, zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. Dezember 2007 (GVOBl. Schl.-H. 2007, 499), Ressortbezeichnung ersetzt durch Verordnung vom 4. April 2013 (GVOBl. Schl.-H. 2013, 143) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Klappholz vom 22. Juni 2020 folgende Satzung erlassen:

INHALTSÜBERSICHT

I. Abschnitt: Allgemeines

§ 1 Allgemeines

II. Abschnitt: Abwassergebühren

- § 2 Grundsätze
- § 3 Bemessungsgrundlagen für die Abwassergebühren
- § 4 Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht
- § 5 Erhebungszeitraum
- § 6 Gebührenpflichtige
- § 7 Gebührenanspruch und Vorauszahlungen
- § 8 Veranlagung und Fälligkeit
- § 9 Gebührensätze

III. Abschnitt: Schlussbestimmungen

- § 10 Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht
- § 11 Datenverarbeitung
- § 12 Ordnungswidrigkeiten
- § 13 Inkrafttreten

I. Abschnitt Allgemeines

§ 1 Allgemeines

- (1) Die Gemeinde betreibt die Abwasserbeseitigung nach Maßgabe der Satzung über die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Klappholz (Abwasserbeseitigungssatzung) vom 28.09.2017 als eine selbständige öffentliche Einrichtung zur zentralen Abwasserbeseitigung.
- (2) Die Gemeinde erhebt nach Maßgabe dieser Satzung Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen (Abwassergebühren).

- (3) Die Benutzungsgebühren ruhen als öffentliche Last auf dem Grundstück.

II. Abschnitt Abwassergebühren

§ 2 Grundsätze

- (1) Für die Vorhaltung und die Inanspruchnahme der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen werden Abwassergebühren für die Grundstücke erhoben, die an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen sind oder in diese entwässern.
- (2) Die Abwassergebühren werden zur Deckung der Kosten der laufenden Verwaltung und Unterhaltung der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlagen einschließlich der Verzinsung des aufgewendeten Kapitals und der Abschreibung erhoben. Die Abwasserabgabe ist einbezogen (§ 2 AG-AbwAG).
- (3) Die Gemeinde erhebt Gebühren für die Schmutzwasserbeseitigung. Es werden eine Grund- und eine Zusatzgebühr erhoben.
- (4) Für die Niederschlagswasserbeseitigung werden keine Gebühren erhoben. Die auf die Niederschlagswasserbeseitigung entfallenden Kosten trägt die Gemeinde.

§ 3 Bemessungsgrundlagen für die Abwassergebühren

- (1) Die Zusatzgebühr (§ 2 Abs. 3 Satz 2) wird nach Maßgabe der Absätze 2 bis 8 nach der Abwassermenge bemessen, die in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt. Berechnungseinheit ist 1 cbm Abwasser.

- (2) Soweit eine Abwassermesseinrichtung besteht, werden auf Antrag die gemessenen Abwassermengen zugrunde gelegt. Im Übrigen gelten als in die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage gelangt
- a) die dem Grundstück aus öffentlichen oder privaten Wasserversorgungsanlagen zugeführte und durch Wasserzähler ermittelte Wassermenge,
 - b) die auf dem Grundstück gewonnene und dem Grundstück sonst zugeführte Wassermenge,
- (3) Hat ein Wasserzähler oder eine Abwassermesseinrichtung nicht richtig oder überhaupt nicht angezeigt, so wird die Wasser- bzw. Abwassermenge von der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln unter Zugrundelegung des Verbrauchs bzw. der Einleitungsmenge des Vorjahres und unter Berücksichtigung der begründeten Angaben des Gebührenpflichtigen geschätzt.
- (4) Die Wassermenge nach Abs. 2 Satz 2 Buchstabe a), die aus privaten Wasserversorgungsanlagen entnommen wurde, und die Wassermenge nach Abs. 2 Satz 2 Buchstabe b) hat der Gebührenpflichtige der Gemeinde oder dem Amt Südangeln für einen Erhebungszeitraum (§ 5) bis zum letzten Tag des Monats, der auf den Erhebungszeitraum folgt, anzuzeigen. Die Wassermengen sind durch Wasserzähler nachzuweisen, die die/der Gebührenpflichtige auf ihre/seine Kosten einbauen muss. Die Wasserzähler müssen den Bestimmungen des Eichgesetzes entsprechen. Wenn die Gemeinde auf solche Messeinrichtungen verzichtet, kann sie als Nachweis über die Wassermengen prüfbare Unterlagen verlangen. Sie ist berechtigt, die Wassermengen zu schätzen, wenn diese auf andere Weise nicht ermittelt werden können. Die Sätze 1 bis 3 gelten für die durch Abwassermesseinrichtungen gemessenen Abwassermengen entsprechend.
- (5) Wassermengen, die nachweislich nicht in die öffentliche Abwasserbeseitigung gelangt sind, werden auf Antrag abgesetzt. Der Antrag ist bis zum letzten Tag des Monats, der auf den Erhebungszeitraum folgt, zu stellen. Für den Nachweis gilt Absatz 4 sinngemäß. Zusätzliche Wasserzähler sind an Stellen einzubauen, hinter denen nur Wasser entnommen wird, das nicht der Abwasserbeseitigungsanlage zugeführt wird. Die

Gemeinde kann nach Anhörung des Antragstellers auf dessen Kosten Gutachten anfordern.

- (6) Ist der Einbau von Wasserzählern wegen der baulichen Gegebenheiten oder aus sonstigen Gründen nicht zumutbar und kann deshalb insbesondere bei landwirtschaftlichen Betrieben die für die Viehhaltung verbrauchte oder zurückgehaltene Wassermenge nicht durch Wasserzähler nachgewiesen werden, wird die Wassermenge von 45 cbm je Haushaltsangehörigen und Jahr zugrunde gelegt.
- (7) Lässt die/der Gebührenpflichtige bei privaten Versorgungsanlagen keinen Wasserzähler einbauen, ist die Gemeinde/das Amt Südangeln berechtigt, die aus diesen Anlagen zugeführte Wassermenge zu schätzen. Es werden dabei mindestens 45 cbm je Haushaltsangehörigen und Jahr zugrunde gelegt.
- (8) Soweit nach den vorstehenden Absätzen eine Wassermenge von 45 cbm pro Person zugrunde gelegt wird, ist für die Berechnung der Schmutzwassermenge die Anzahl der Personen maßgebend, die am 1. Tag des Erhebungszeitraumes mit Hauptwohnung für das entsprechende Grundstück gemeldet sind.
- (9) Die Grundgebühr (§ 2 Abs. 3 Satz 3) wird für jedes angeschlossene Grundstück nach dem Anschlusswert der jeweils verwendeten Wasserzähler erhoben.

§ 4

Entstehung und Beendigung der Gebührenpflicht

- (1) Für ein Grundstück, das an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen ist, besteht vom Zeitpunkt des Anschlusses eine Grundgebührenpflicht. Eine Zusatzgebührenpflicht entsteht für ein Grundstück, sobald das Grundstück an die zentrale öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage angeschlossen ist und der zentralen öffentlichen Abwasserbeseitigungsanlage von dem Grundstück Abwasser zugeführt wird.
- (2) Die Schmutzwassergrundgebührenpflicht nach Absatz 1 Satz 1 endet, sobald der Grundstücksanschluss verschlossen oder beseitigt wird. Die Gebührenpflicht nach Absatz 1 Satz 2 endet mit Ablauf des Monats, in dem der Anschluss an die öffentliche

Abwasserbeseitigungsanlage entfällt oder die Zuführung von Schmutzwasser endet und dies der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln schriftlich mitgeteilt wird.

§ 5

Erhebungszeitraum

- (1) Für die Zeit ab dem 01. Oktober 2017 ist – vorbehaltlich der Regelungen in Absatz 2 und 3 – Erhebungszeitraum die Zeit vom 1. Oktober eines Jahres bis zum 30. September des Folgejahres.
- (2) Für die Zeit ab dem 01. Oktober 2018 ist – vorbehaltlich der Regelung in Absatz 3 – Erhebungszeitraum die Zeit vom 01. Oktober 2018 bis zum 31. Dezember 2019.
- (3) Für die Zeit ab dem 01. Januar 2020 ist Erhebungszeitraum jeweils das Kalenderjahr.

§ 6

Gebührenpflichtige

- (1) Für die Zeit der Gebührenpflicht (§ 4) ist der/die Eigentümer/in des Grundstücks, bei Wohnungs- oder Teileigentum der/die Wohnungs- und Teileigentümer/in – vorbehaltlich der Regelung in Absatz 2 Satz 1 und 2 – für die Zeit seines/ihres Eigentums bzw. seines/ihres Wohnungs- oder Teileigentum gebührenpflichtig. Ist das Grundstück mit Erbbaurecht belastet, ist anstelle der Eigentümerin/des Eigentümers der/die Erbbauberechtigte – vorbehaltlich der Regelung in Absatz 2 Satz 3 – für die Zeit seines/ihres Erbbaurechts gebührenpflichtig. Die Wohnungs- und Teileigentümer einer Eigentümergemeinschaft sind Gesamtschuldner der auf ihr gemeinschaftliches Grundstück entfallenden Gebühren. Miteigentümer oder mehrere aus dem gleichen Grund dinglich Berechtigte sind Gesamtschuldner.
- (2) Im Falle eines Wechsels des Eigentums bzw. des Wohnungs- oder Teileigentums ist der bisherige Eigentümer bzw. Wohnungs- oder Teileigentümer bis zum Ablauf des Monats, in dem der Wechsel erfolgt, gebührenpflichtig. Mit Beginn des

darauffolgenden Monats wird der neue Eigentümer bzw. Wohnungs- oder Teileigentümer gebührenpflichtig. Im Falle des Absatz 1 Satz 2 gelten die Sätze 1 und 2 entsprechend.

- (3) Wenn die/der bisherige Gebührenpflichtige die Mitteilung über den Wechsel (§ 10) versäumt hat, so haftet sie/er für die Gebühren, die für den Zeitraum bis zum Eingang der Mitteilung bei der Gemeinde entfallen, neben der/dem neuen Pflichtigen.
- (4) Gebührenpflichtige sind Gebührensschuldner im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 2 KAG.

§ 7

Gebührenanspruch und Vorauszahlungen

- (1) Der festsetzbare Gebührenanspruch für einen Erhebungszeitraum entsteht mit Ablauf des Erhebungszeitraumes, in dem eine Gebührenpflicht besteht. Die Gebührensschuldner werden für die Zeit veranlagt, in der sie während des Erhebungszeitraumes gebührenpflichtig sind.
- (2) Endet die Gebührenpflicht oder wechselt der Gebührenpflichtige während des Erhebungszeitraumes entsteht der Gebührenanspruch gegen den bisherigen Gebührenpflichtigen mit dem Ende der Gebührenpflicht bzw. dem Wechsel der Gebührenpflichtigen.
- (3) Vor Entstehung der Gebührenansprüche sind auf die Abwassergebühren (§ 2 Abs. 3) vom Beginn des Erhebungszeitraumes an Vorauszahlungen zu leisten, insgesamt bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Gebühren; Vorauszahlungen sind vierteljährlich zu leisten.

§ 8

Veranlagung und Fälligkeit

- (1) Die Gebühren werden durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Abgaben verbunden werden kann, festgesetzt.

- (2) Die Vorauszahlungen (§ 7 Abs. 3) werden durch schriftlichen Bescheid, der mit einem Bescheid über andere Abgaben verbunden werden kann, festgesetzt. Die Vorauszahlungen auf die Gebühr nach § 2 Abs. 3 Satz 2 oder auf die Zusatzgebühr nach § 2 Abs. 3 Satz 3 werden – soweit vorhanden – grundsätzlich auf Basis der Daten für die Berechnung der Gebühren des vorherigen Erhebungszeitraumes festgesetzt. Bestand im vorherigen Erhebungszeitraum noch keine Gebührenpflicht oder hat sich der Benutzungsumfang seitdem wesentlich geändert, wird die zugrunde zulegende Abwassermenge geschätzt.
- (3) Bei Beendigung der Gebührenpflicht oder bei einem Wechsel des Gebührenpflichtigen wird unverzüglich die zugeführte Abwassermenge ermittelt und abgerechnet.
- (4) Die Abwassergebühren werden 14 Tage nach der Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig.
- (5) Geforderte Vorauszahlungsleistungen werden am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November des Erhebungszeitraumes fällig, jedoch frühestens einen Monat nach Bekanntgabe des Vorauszahlungsbescheides.
- (6) Insbesondere wenn der Bescheidung periodisch abgelesene Wasser-/Abwassermengen zugrunde gelegt werden, werden die abgelesenen Mengen demjenigen Erhebungszeitraum als Berechnungsgrundlage zugeordnet, in den die überwiegende Zahl der Tage der Ableseperiode fallen.

§ 9

Gebührensatz

- (1) Für die Zeit ab dem 1. Oktober 2017 (§ 5 Abs. 1) betragen die Gebühren nach § 2 Abs. 3 Satz 2:
 - a) Grundgebühr monatlich:
 - 6,00 € für einen Wasserzähler mit Anschlusswert Q³⁴ (Qn 2,5)
 - 14,40 € für einen Wasserzähler mit Anschlusswert Q³¹⁰ (Qn 6)
 - 24,00 € für einen Wasserzähler mit Anschlusswert Q³¹⁶ (Qn 10)

b) Zusatzgebühr: 2,35 €/cbm Schmutzwasser.

(2) Für die Zeit ab dem 1. Oktober 2018 (§ 5 Abs. 2) betragen die Gebühren nach § 2 Abs. 3 Satz 2:

a) Grundgebühr monatlich:

6,00 € für einen Wasserzähler mit Anschlusswert Q³4 (Qn 2,5)

14,40 € für einen Wasserzähler mit Anschlusswert Q³10 (Qn 6)

24,00 € für einen Wasserzähler mit Anschlusswert Q³16 (Qn 10)

b) Zusatzgebühr: 2,37 €/cbm Schmutzwasser.

(3) Für die Zeit ab dem 1. Januar 2020 (§ 5 Abs. 3) betragen die Gebühren nach § 2 Abs. 3 Satz 2:

a) Grundgebühr monatlich:

6,00 € für einen Wasserzähler mit Anschlusswert Q³4 (Qn 2,5)

14,40 € für einen Wasserzähler mit Anschlusswert Q³10 (Qn 6)

24,00 € für einen Wasserzähler mit Anschlusswert Q³16 (Qn 10)

b) Zusatzgebühr: 1,97 €/cbm Schmutzwasser.

III. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 10

Auskunfts-, Anzeige- und Duldungspflicht

(1) Die Gebührenpflichtigen haben der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln jede Auskunft zu erteilen, die für die Festsetzung und Erhebung der Abgaben nach dieser Satzung erforderlich ist. Jeder Wechsel der Rechtsverhältnisse am Grundstück ist der Gemeinde bzw. dem Amt Südangeln sowohl vom Veräußerer als auch vom Erwerber innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Sind auf dem Grundstücksanlagen vorhanden, die die Berechnung der Abgaben beeinflussen (z. B.

grundstückseigene Brunnen, Wasserzuführungen, Wasser- oder Abwassermessvorrichtungen), so hat der Gebührenpflichtige dies unverzüglich der Gemeinde schriftlich anzuzeigen; dieselbe Verpflichtung besteht für ihn, wenn solche Anlagen neu geschaffen, geändert oder beseitigt werden. Beauftragte der Gemeinde bzw. des Amtes Südangeln dürfen nach Maßgabe der Abgabenordnung Grundstücke betreten, um Bemessungsgrundlagen für die Abgabenerhebung festzustellen oder zu überprüfen; die Gebührenpflichtigen haben dies zu ermöglichen.

§ 11

Datenverarbeitung

(1) Die Gemeinde Klappholz ist befugt personenbezogene Daten zur Ermittlung der Abgabepflichtigen und zur Festsetzung der Abgaben im Rahmen der Veranlagung nach dieser Satzung zu erheben und zu verarbeiten. Die Erhebung und Verarbeitung der in Absatz 2 aufgeführten Daten erfolgt gemäß den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Landesdatenschutzgesetz – LDSG) vom 02.05.2018 in der jeweils gültigen Fassung.

(2) Folgende personenbezogene Daten werden erhoben:

- Name, Vorname(n) des Abgabepflichtigen
- Anschrift des Abgabepflichtigen
- ggf. Kontenverbindung des Abgabepflichtigen
- Anschrift der Verbrauchsstelle
- ggf. Angaben zu Flur, Flurstück und Gemarkung der Verbrauchsstelle
- Wasserverbrauchsdaten in cbm
- Name, Vorname(n) und Anschrift eines evtl. Handlungs- oder Zustellungsbevollmächtigten

(3) Die personenbezogene Daten nach Absatz 2 dürfen durch Mitteilung oder Übermittlung vom / von

- Wasserbeschaffungsverband Südangeln
- Einwohnermeldeämtern
- Bereich Liegenschaften der Gemeinde

- untere Bauaufsichtsbehörde des Kreises Schleswig-Flensburg
- Finanzamt
- Grundbuchamt
- Katasteramt
- Bundeszentralregister
- Kraftfahrtbundesamt
- Vorbesitzern, Vermietern, Verpächtern, Eigentümern

erhoben werden.

(4) Die Gemeinde ist befugt, auf der Grundlage von Angaben der Abgabepflichtigen und von nach Absatz 2 anfallenden Daten ein Verzeichnis der Abgabepflichtigen mit den für die Abgabenerhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu führen und diese Daten zum Zwecke der Abgabenerhebung nach dieser Satzung zu verwenden und weiter zu verarbeiten.

(5) Der Einsatz technikerunterstützter Informationsverarbeitung ist zulässig.

§ 12

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Zuwiderhandlungen gegen Pflichten nach § 10 der Satzung sind Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KAG.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 500,00 € geahndet werden.

§ 13

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt rückwirkend zum 01.10.2017 in Kraft und ersetzt die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die zentrale Abwasserbeseitigung der Gemeinde Klappholz (Gebührensatzung) vom 28.09.2017.

- (2) Die Rückwirkung dieser Satzung gilt nicht für Sachverhalte, die durch bestandskräftige Verwaltungsentscheidung bereits abgeschlossen sind.

- (3) Für den Zeitraum der Rückwirkung dieser Satzung dürfen Abgabepflichtige durch diese Satzung gegenüber der ersetzten Satzung vom 28.09.2017 nicht schlechter gestellt werden.